

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen...
Anzeigen...
Kontaktdaten...

Veröffentlichungen...
Anzeigen...
Kontaktdaten...

Telegraphische...
Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts...
Postfach...
Nr. 109

Sonnabend, den 10. Mai 1924

19. Jahrgang

Volkswille, Reichstag und Reichsregierung.

Von Dr. R. A. M. v. M.

Bei den Erörterungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen pflegt man es als Selbstverständlichkeit zu unterstellen, daß die Wahlen das Spiegelbild des Volkswillens seien. Leider ist diese Auffassung irrig. Große Teile des deutschen Volkes vermögen sich infolge der jahrzehntelangen politischen Unmündigkeit auch heute noch zu keiner klaren festen politischen Willensbildung durchzuringen, auch nicht bei der Reichstagswahl. Nicht willensmäßig sondern situationsmäßig handeln ist für viele die Wahl und das Wahlergebnis ist deswegen nicht so sehr Produkt des Volkswillens als der Volkstimmung bzw. der Volkstimmungsstimmung. Wer auf die an sich sehr verständliche Willensbildung des deutschen Wählers reflektiert, wird bis auf weiteres auf größeren Erfolg rechnen können als derjenige, der an den Verstand appelliert. Die letzte vollzogene Reichstagswahl ist hierzu ein besonderes anschauliches Beispiel.

Drei große Sammelbecken für die Wählergruppen haben sich diesmal aufgetan; auf der Rechten zwei, auf der Linken eins. Links haben die Kommunisten alle die sozialistisch eingestellten Wähler an sich gezogen, denen die staatsfeindliche Haltung der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge war, die sich nach wie vor wohl fühlen in der alten Gewohnheit der Staatsverneinung, weil Opposition und Kritik immer bequemer ist als positives Handeln. Es zeigt sich jetzt, daß die Verschmelzung der Unabhängigen mit der Mehrheitssozialdemokratie kein Scheiternsversuch, sondern ein widernatürlicher Vorgang gewesen ist; sie war lediglich ein Uebergang der Führer, aber keine Verschmelzung der Massen. Das Gros der auf mehr als 60 Sitze angewachsenen kommunistischen Partei stammt zweifellos aus dem Lager der früheren Unabhängigen. Und so ist auf der Linken die Linie der Entwicklung klar erkennbar; die Wahlen haben die Sozialdemokratie unter Schwächung ihres Gesamtbestandes dorthin zurückgeworfen, wo Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängige getrennt bestanden. Nur mit dem Unterschied, daß sich die Unabhängigen ihrer besonnenen Führer entledigt und zu Kommunisten gewandelt haben. Also: Rückschlag in härtesten Radikalismus. Als entscheidende Frage für die Praxis des Staatslebens ergibt sich: Wird sich die von den radikalen Massen befreite Sozialdemokratie als eine zuverlässige Partei der Staatsverwaltung bewähren, oder wird sie nunmehr auch im Reich, wie feinerzeit in Sachsen und in Thüringen, Umkehrung an die kommunistische Linke suchen und aufrüstet erhalten?

Auf der Rechten sind die Deutschen Nationalen und die Deutschvölkischen zum Heerlager aller Decker geworden, die durch die nationale Not unserer Zeit nur stimmungsmäßig und nicht zugleich verstandsmäßig beeinflusst worden sind. Soll man dabei die Deutschvölkischen zur Rechten zählen? Wäre nicht wissenswert, ob sie zur Linken oder Rechten halten sollen. Ihre wirtschaftlichen Ideen drehen sich nach links nach Marxismus, in ihren höchsten nationalen Phrasen und Werten sind sie die typischen Vertreter eines entarteten Rechtsradikalismus. Wie die Kommunisten, so scheiden auch sie bewußt und gewollt bei der praktischen Mitarbeit für den deutschen Staat, wie er ist, aus.

Auch der Zuwachs der Deutschen Nationalen beruht auf den gleichen stimmungsmäßigen Faktoren, die vor vier Jahren die Deutsche Volkspartei parlamentarisch groß gemacht hatten. Die entscheidende Frage ist auch hier: werden sich die Deutschen Nationalen, die im Wahlkampf schroff „ein zweites Versailles“ ablehnten, sich im Reichstag zu einer Politik der realen Staatsnotwendigkeiten bekennen und die Sachverständigenentwürfe als geeignete Grundlage zu einer erträglichen Lösung des Reparationsproblems anerkennen oder sie mit höherer Gestalt ablehnen? Was der Fraktionsvorsitzende Herat bisher über die künftige Haltung seiner Partei in die Öffentlichkeit hat gelangen lassen, gibt kein festumrissenes Bild; es zeigt lediglich den dem Eingeweichtesten längst bekannten glühenden persönlichen Ehrgeiz Herats zur politischen Macht und seine erstaunliche Wandlungsfähigkeit. Ein politisches Programm sind die Kundgebungen Herats nicht.

Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag liegen nach den Wahlen wesentlich ungünstiger als vorher. Theoretisch ist zwar sowohl eine Regierung der großen Koalition, von der deutschen Volkspartei bis einschließlich Sozialdemokratie, als auch eine Regierung des Bürgerblocks denkbar; in der Praxis der parlamentarischen staatlichen Leben würden diese Regierungen jedoch auf hoffnungslos schwacher Grundlage ruhen. Die Situation wird dadurch noch bedeutend erschwerter, daß die

verfassungsmäßige Befehle, also nur mit Zweidrittelmehrheit gelöst werden können. Eine solche Mehrheit ist schlechterdings nicht anders zu haben, als durch ein Zusammenwirken aller politischen Strömungen von den Deutschen Nationalen bis zu den Sozialdemokraten. Ob die Möglichkeit hierzu besteht, hängt lediglich von der Haltung der Deutschen Nationalen ab. Die „Times“ trifft hier den Nagel auf den Kopf, wenn sie sagt: „es ist Sache der Deutschen Nationalen, als der Partei, die im neuen Reichstag die Entscheidung in Händen hat, klar und unzweideutig zu erklären, ob sie den Sachverständigenentwurf annehmen oder ablehnen wollen.“

Aufgabe der jetzigen Regierung ist es, möglichst schnell eine klare Situation zu schaffen. Zur Neubildung der Reichsregierung liegt zunächst gar kein Anlaß vor. Das Gebot der Stunde liegt für die Reichsregierung offen zutage. Die jetzt zur Entscheidung drängende Lebensfrage für das deutsche Volk ist die Auseinandersetzung mit unseren Feinden von gestern. Will sie der Reichstag auf Grund der Sachverständigenentwürfe, oder will er sie nicht — das ist die sehr einfache Frage, die sofort vom Reichstag zu beantworten ist. Die Reichsregierung hat mit kurzen klaren Worten ihre Absichten darzulegen, und dann wird sich sehr schnell zeigen, ob sie auf dem Wege zu einer Verständigung die erforderliche Mehrheit hinter sich bekommt oder nicht. Versagt ihr der Reichstag die Gefolgschaft, so mag sie handeln. Die große Mehrheit des deutschen Volkes, auch hunderttausende von denen, die bei der Wahl im Gesamtwort der Wählerstimmen gelandet sind, wollen in Wirklichkeit die befreiende Tat der Verständigung; will sie der neue Reichstag nicht, so spricht er sich selbst kein Todesurteil. Je schneller und je eindringlicher der Reichstag von einer tatentschlossenen Regierung vor die schicksalsschweren Entscheidungen der Stunde gestellt wird, umso größer ist die Aussicht, daß die Demagogie des Wahlkampfes der politischen Einsicht und Vernunft weicht.

Der Wirtschaftskampf im Westen. Für die Kommunisten ist der Streik ein politisches Kampfmittel.

Daß für die Kommunisten der Streik keine Wirtschaftswaffe — was er seiner eigentlichen Bedeutung nach sein sollte — mehr ist, sondern nur ein Mittel zur Erreichung ihrer politischen Ziele wurde, geht wieder einmal deutlich aus einem Aufruf der „Roten Fahne“ dem sie fast die ganze erste Seite widmet, hervor. In dem Aufruf werden die Berg- und Transportarbeiter der ganzen Welt aufgefordert, Solidarität zu üben. Vor allem liegt den Jüngern Moskaus daran, durch Beteiligung der Transportarbeiter auch die Kohleneinfuhr nach Deutschland lahmzulegen, um dann aus dem daraus notwendig entstehenden Wirtschaftskrisis ihren politischen Vorteil zu ziehen. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften, wie die der Transportarbeiter, gar keinen Grund haben, sich in die bolschewistische Kampfbewegung der Bergarbeiter hineinzulassen und den in dem kommunistischen Aufruf verkündeten politischen Zielen Vorschub leisten. Befanderns Bezeichnung für die kommunistische Kampfmethode ist der Appell an die französische und englische Arbeiterschaft, die sicherlich besseres zu tun wissen, als aus „Sympathie“ für ihre deutschen „Genossen“ Brot und Stellung zu riskieren.

Kommunistische Richtlinien für den Ruhestreik.

Dem „Vorwärts“ wird aus dem Ruhestreik ein Schriftstück „Richtlinien für den Ruhestreik“ zur Verfügung gestellt, in dem es u. a. heißt: Den Beschäftigten ist ein Ultimatum von zwei bis drei Tagen zu stellen: Nach Ablauf des Ultimatum müssen aus innen- und außenpolitischen Gründen die Betriebe von der Arbeiter- und Anstellerschaft übernommen werden. Nach Übernahme der Betriebe sofortige Wählungnahme mit der französischen, belgischen und englischen Regierung bzw. deren Vertretern in Düsseldorf und Koblenz bei gleichzeitiger Anrufung der Arbeiterparteien in den genannten Ländern zwecks allgemeiner Verständigung. Finanzierung durch die Vermögensmachtigen bzw. Militärenten (Finanzaranken penänt). Sicherheit durch allierter Leitung bzw. Kontrolle, Vorschlag einer sofortigen Bildung des unabhängigen Ruhestreik- und Wirtschaftsausschusses unter Kontrolle einer Betriebsvertretung, als Leitung ein Rohstoffdirektorium, letzteres auch besonders für die Verhandlung mit den alliierten Vertretern.

40 Prozent kommunistische Betriebsräte auf den Ruhrbetrieben.

Das nunmehr endlich vorliegende Gesamtresultat der Betriebsrätewahlen auf den Betrieben des Ruhrgebietes ergibt folgendes Bild: Die Ruhr hat an

Stimmen und Mandaten an erster Stelle mit rund 40 Prozent, dann folgt der sozialistische Mitte Verband, der keine überragende Stellung von 48 auf 50 Prozent einnehmt hat. An dritter Stelle hat sich der Gewerkschaftsbund Christlicher Bergarbeiter mit rund 20 Prozent gut gehalten. Kleinere Verbändegruppen machen noch nicht ein Prozent der Stimmen und Mandate aus.

Betriebsstilllegungen.

Auf den Krupp-Werken in Essen wird durch Anschlag der Direktion bekanntgegeben, daß voraussichtlich vom 11. d. M. ab infolge Kohlenmangels Kurz- und Feterschichten mit Verdienstausfall eingeleitet werden müssen.

Auch die „Güte Hoffnungshütte“ in Oberhausen gibt bekannt, daß infolge Gas- und Strommangels die Anlage bereits im Laufe des gestrigen Tages zum größten Teil zum Erliegen gekommen sei und nur noch für einen geringen Teil der Belegschaft Arbeitsmöglichkeit vorhanden sein dürfte.

Durch die Stilllegung der Kokereten auf den Ruhrbetrieben ist die Fernwärmeversorgung für Beirath und seine ausgedehnten Industrieanlagen unterbrochen.

Terrovrakte.

Von der Gesamtbelegschaft im Ruhrbergbau sind bei der gestrigen Frühsticht 93,70 Prozent nicht zur Arbeit erschienen. Von mehreren Betrieben wird gemeldet, daß Belegschaftsmitglieder, die zur Arbeit gehen wollten, tätlich angegriffen und bedroht worden sind. Im Essener Bezirk sind eine Reihe Streikposten aufgestellt. Von der Belegschaft wird gemeldet, daß ein großer Teil der Belegschaft arbeiten würde, wenn er nicht durch Streikposten an der Einfahrt behindert würde.

Auf der Belegschaft in Kattowice drang vorgestern die ausgesperrte Belegschaft gewaltsam auf den Besenplatz und zwang die die Stillstandsarbeiten verrichtenden Besenbeamten, ihren Platz zu verlassen.

Die Bergarbeiter beharren auf der Ablehnung des Schiedspruchs.

Den großen Reklamationen der Bergarbeiterverbände sind am Donnerstag im gesamten Ruhrgebiet die Belegschaftsversammlungen gefolgt, deren Zahl auf über 300 geschätzt wird. Soweit Meldungen vorliegen, haben sie alle ruhigen Verlauf genommen. In allen Versammlungen, die überfüllt waren und teilweise unter freiem Himmel stattfanden, wurde das Vorgehen der Grubenbesitzer auf das Schärfste verurteilt, den Willen der Bergarbeiter zur Arbeit erschließen betont und jede Streikparole nachdrücklich abgelehnt. Aufforderungen zum Generalstreik, die in einigen Versammlungen von Anhängern der Union erhoben wurden, fanden bei dem Gros der Teilnehmer entschiedene Ablehnung. Es wurde gefordert, daß die Bergarbeiter nicht allein die Träger der Reparationslasten sein dürften, diese Lasten seien vielmehr gleichmäßig auf alle Schultern des Volkes zu legen. An der Forderung der Belegschaft der Lebensgrundmiete unter Taxe und der Lastminderungsmaß über Tage werde die Ruhrbergarbeiterchaft festhalten. Die Beschlüsse der Reklamationen wurden einstimmig gefolgt; das Angebot des Schiedsgerichts in der Lohn- und Arbeitszeitfrage sei für die Bergleute unannehmbar.

Thyssen öffnet seine Betriebe wieder.

Die Gewerkschaft Friedrich Thyssen in Hamborn ist durch Anschlag folgendes bekannt: Nachdem viele Arbeiter und Arbeitervertreter an die Gewerkschaft herangetreten sind mit der Bitte, den Betrieb wieder zu eröffnen, und sich bereit erklärt haben, die Arbeit ordnungsgemäß wieder aufzunehmen, bei einer Schichtzeit von acht Stunden unter und 12 Stunden über Tage einschließlich zwei Stunden Pause, werden persönliche Verhandlungen zur Arbeitsaufnahme unter diesen Bedingungen entgegengenommen.

Die Streiklage in Oberschlesien.

Freslau, 8. 5. Ein Teil der Bergarbeiter hat sich bereits wieder zur Arbeit gemeldet. Es ist jedoch eine Wiederaufnahme der Betriebe über Tage noch nicht möglich. Die Förderung hat bereits wieder in beschränktem Umfang eingesetzt. Die Hüttenarbeiter haben auch zum Teil wieder die Arbeit angetreten, so bei den Deichsel-Werken, dagegen haben sich andere Belegschaften, so von der Julius-Hütte und von der Heben-Hütte, dem Streik angeschlossen. Auch die chemische Fabrik der Rütgerswerke in Hindenburg ist in den Ausstand getreten.

Die Verhandlungen mit den Metallarbeitern gescheitert.

Dortmund, 8. 5. Die gestern weitergeführten Verhandlungen mit den Metallarbeiterverbänden haben wiederum zu keiner Einigung geführt. Nach hundertfachen Verhandlungen wurde von dem Schlichter erklärt,